

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Guten Morgen, meine Damen und Herren, ich heiße Sie alle zu unserer heutigen, der 110. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen, herzlich willkommen. Mein herzlicher Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, unter denen sich auch Vertreter der Kinder- und Jugendparlamente befinden, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe den einzigen **Tagesordnungspunkt** der heutigen Sitzung auf:

Fortsetzung der Haushaltsberatungen vom 21. Januar 2004

Meine Damen und Herren, wir haben gestern die Haushaltsplanberatungen mit der Beratung des Einzelplans 13 unterbrochen und setzen sie heute fort. Bevor ich den ersten Bereich aufrufe, noch einige Hinweise für die Kolleginnen und Kollegen: Wir beraten das Haushaltsgesetz 2004 und 2005 in zweiter Lesung. Das betrifft die Drucksache 13/4500 - Neudruck - mit den Ergänzungen Drucksachen 13/4660 und 13/4860, das Gemeindefinanzierungsgesetz 2004 und 2005 Drucksache 13/4502 und das Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005 Drucksache 13/4528 - Neudruck.

Mit den Drucksachen 13/4800 bis 13/4806 sowie 13/4808 und 13/4810 bis 13/4816 liegen Ihnen die Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushaltsgesetz vor.

Mit Drucksache 13/4817 liegen Ihnen die Beschlussempfehlung und der Bericht zum Gemeindefinanzierungsgesetz und mit Drucksache 13/4890 die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushaltsbegleitgesetz vor.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Bereiche und die dafür vorgesehenen Redezeiten können Sie dem Anhang der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beratung aller Bereiche eines Einzelplans erfolgt die Abstimmung über ebendiesen Einzelplan. Liegt zu einem Einzelplan ein Änderungsantrag vor, so wird zunächst über diesen Antrag abgestimmt. Die Gesamtabstimmung über die

Haushaltspläne 2004 und 2005 in zweiter Lesung erfolgt mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Vereinbarungsgemäß finden heute zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen statt. Über den voraussichtlichen Zeitpunkt der Abstimmungen habe ich Sie mit Schreiben vom 15. Januar 2004 unterrichtet.

Wir kommen zum **Bereich 1:**

Finanzministerium, Stellenpläne, Allgemeine Finanzverwaltung, Haushaltsgesetz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesprochen sind die Einzelpläne 12 und 20 sowie das Haushaltsgesetz.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen in den Drucksachen 13/4800, 13/4812 und 13/4816 sowie auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4924 zum Einzelplan 12 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4918 und 13/4919 sowie auf den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4936 jeweils zum Einzelplan 20.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und erteile zunächst dem Abgeordneten Diegel das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte sehr, Kollege Diegel.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über einen Haushalt, der aus Sicht der CDU nicht beratungsreif ist. Er ist unseriös und in der Form, wie er dem Parlament jetzt vorliegt, auch verfassungswidrig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sollen nächste Woche einen Doppelhaushalt mit einem Gesamtvolumen von fast 100 Milliarden € beschließen, obwohl die meisten Mitglieder dieses Hauses die aktuellen Inhalte dieses Machwerks überhaupt nicht kennen; denn die Fachausschüsse haben die aktuelle Fassung bisher noch nicht beraten können.

Nicht nur die Abgeordneten der Oppositionsfraktionen, sondern auch die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen übersehen nicht mehr ganz, was mit den jetzt vorgelegten Änderungen aus der zweiten Ergänzung auf die Menschen in Nordrhein-Westfalen alles zukommt. Die Verantwortung hierfür tragen ausschließlich die Landesregierung und die rot-grünen Koalitionsfraktionen.

Wenn man genauer hinschaut, wird auch klar, warum die Koalition so vorgeht. Sie will überhaupt nicht, dass das ganze Ausmaß des Desasters deutlich wird, und das Vertuschen ist sowieso am leichtesten, wenn möglichst vieles unklar bleibt, wenn keine Zeit zum Fragen ist und wenn keiner Licht in die Sache bringen kann.

Es bleibt niemandem in diesem Hause mehr verborgen: Das Land Nordrhein-Westfalen ist nicht mehr handlungsfähig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Wappentier dieser Koalition ist unter der Regierung Steinbrück der Pleitegeier geworden. Es wird Zeit, dass diese Politik ein Ende hat, damit der Pleitegeier nicht auch noch in das Landeswappen aufgenommen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Kommen wir zu den Zahlen im Einzelnen: Die Zahlen des gerade abgeschlossenen Haushaltsjahres 2003 zeigen schon das ganze Desaster. Diese Regierung verantwortet mehr als 6,5 Milliarden € neue Schulden in einem einzigen Haushaltsjahr, und das, obwohl deutlich weniger in den Länderfinanzausgleich gezahlt werden musste und zum wiederholten Male harte Einschnitte bei der Beamtenbesoldung vorgenommen worden sind. Das sind Entlastungen von rund 1,2 Milliarden €.

Dem Parlament hat die Landesregierung diese Zahl bisher natürlich noch nicht vorgelegt. Sie hat diese Zahl letzte Woche verstohlen in einer einseitigen Pressenotiz veröffentlicht, und zwar so, dass es die Öffentlichkeit möglichst nicht merken sollte.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, man könnte den Eindruck gewinnen, Sie, die Mitglieder der Landesregierung, haben sich verhalten wie Diebe in der Nacht.

(Zurufe von der SPD: Ach!)

Sie haben die Wahrheit möglichst unter der Decke halten wollen, damit nicht heute öffentlich Rechenschaft darüber eingefordert wird, damit die Bürgerinnen und Bürger Sie nicht fragen, warum Sie fast doppelt so viele Schulden gemacht haben, wie Sie im Jahr 2002 angekündigt hatten, und damit Sie das Parlament nicht fragt, wie seriös Ihre Zahlen für den Haushalt 2004 und 2005 eigentlich sind.

Ich möchte Sie zur Erinnerung noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Haushalte der letzten drei Jahre, ob im Plan oder im Vollzug, alle verfassungswidrig waren.

(Zuruf von der SPD: Wer sagt das?)

Ich stelle fest, diese Landesregierung verdunkelt systematisch den wahren Zustand der Finanzen in Nordrhein-Westfalen. Es fällt auf, dass immer neue Schattenhaushalte geschaffen werden: vom BVG bis zum BLB. Absehbare Haushaltsrisiken werden einfach nicht berücksichtigt, so etwa bei der Körperschaftsteuer, der zu hoch veranschlagten Lohn- und Einkommensteuer oder der WestLB.

Es werden Luftbuchungen veranschlagt, wie z. B. 2003 die LEG-Einnahmen oder - in einer früheren Fassung des Doppelhaushalts - eine Position "Einnahmen durch bundespolitische Beschlüsse", die jetzt kleinlaut wieder eingesammelt werden. Es werden globale Minderausgaben in der Größenordnung von fast einer halben Milliarde € veranschlagt, um zu verdunkeln, wo im Laufe des Jahres weiter gekürzt werden wird.

Ich wiederhole: Beim Bürger könnte der Eindruck entstehen, als würden Sie, die Landesregierung, versuchen, sich aus Ihrer Verantwortung für die katastrophale Lage der Landesfinanzen wie Diebe in der Nacht davonzustehlen, damit die Bürger erst bei Tageslicht merken, was alles weg ist.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist kaum erträglich!)

Der Verfassungsgerichtshof hat es gemerkt, Ewald Groth. Er hat Ihnen im letzten Jahr die Landeshaushalte 2001 und 2002 für verfassungswidrig erklärt, und zwar wegen dieser Haushaltsmanipulation - Sie haben die Verfassung gebrochen, auch wenn es Herr Steinbrück überhaupt nicht hören will - und Ihnen den Stempel des Verfassungsbrechers aufgedrückt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es fällt wirklich auf: Keiner von Ihnen - weder das Kabinett noch die Koalitionsfraktionen - hat dafür die politische Verantwortung übernommen. Das ist nicht nur feige, stillos und instinktos, sondern auch schlichtweg verantwortungslos.

Es ist völlig klar, warum Sie hier so vorgehen: Sie wollen den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht die Wahrheit sagen, denn dann müssten Sie, die Sozialdemokraten, erklären: Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben seit 1966 auf die alten Strukturen gesetzt und die Mo-

dernisierung des Landes verschlafen. - Sie, die Grünen, müsstest sagen: Wir haben nicht nur daneben gestanden, sondern auch kräftig mitgemacht.

Vor 35 Jahren betrug die Verschuldung des Landes insgesamt 1,5 Milliarden €. Heute stehen wir vor dem Durchbruch der 100-Milliarden-€-Grenze. Das heißt, nach 35 Jahren haben Sie die Schulden des Landes fast versiebzigfacht.

Ferner müssten Sie eingestehen: Wir, die Koalitionsfraktionen, die SPD und die Grünen, haben die jährliche Zinslasten des Landes in den letzten 25 Jahren von 800 Millionen € auf 4,8 Milliarden € hochgetrieben.

Das heißt, inzwischen zahlen wir 400 Millionen € monatlich oder 13 Millionen € täglich an Zinsen. Ferner müssten Sie eingestehen, dass Sie die Investitionen in den letzten 25 Jahren mehr als halbiert haben, dass inzwischen beispielsweise mehr Landesgeld für Zinsen als für Investitionen ausgegeben wird. Das alles ist unverantwortlich und das Schlimme ist: Sie machen einfach weiter so, wie Sie es sich in den letzten Jahrzehnten angewöhnt haben.

Jetzt kommt ein Treppenwitz, wenn es nicht so schrecklich grausam wäre: Jetzt gehen Sie hin, Herr Dieckmann, und erklären die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, weil Ihnen die Neuverschuldung im Haushaltsjahr 2004 aus dem Ruder läuft. An Regierung und rot-grüne Koalitionsfraktionen stellt sich doch die Frage: Wie erklären Sie denn der Öffentlichkeit, dass das wirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist?

Wir stellen fest: Die Inflationsrate ist so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Das Zinsniveau ist ausgesprochen niedrig. Der Export boomt seit dem Sommer letzten Jahres wieder richtig. Die Wirtschaftsforscher sowohl in Berlin als auch in anderen Instituten, in anderen Städten erklären: Das Wirtschaftswachstum wird mindestens 1,5 % betragen. Lediglich die Arbeitslosigkeit verharrt nach allen Prognosen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit auf einem hohen Stand.

Das alleine soll die Rechtfertigung für eine höhere Staatsverschuldung sein? Denn die neue Staatsverschuldung drückt wieder auf das Wirtschaftswachstum und würgt damit strukturelle Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt ab. Das müsste Ihnen doch klar sein.

Fazit: Es liegt überhaupt keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vor, die hier in Nordrhein-Westfalen eine erhöhte Nettokreditaufnahme rechtfertigen würde. Die Wahrheit ist

eine andere. Die Wahrheit ist, Sie haben eine Störung Ihres haushaltswirtschaftlichen Gleichgewichts. Aber die Gründe dafür sind hausgemacht;

(Beifall bei der CDU)

sie liegen in Ihrer eigenen Haushalts- und Finanzpolitik der letzten Jahre. Lassen Sie die Trickserien in Ihren Haushalten, und fangen Sie an, eine verantwortbare Finanzpolitik zu betreiben!

Nun haben wir einen Doppelhaushalt. Für den Haushalt 2005 machen Sie diesem Landtag ebenfalls einen Vorschlag, der nichts, aber auch gar nichts mit seriöser Haushaltspolitik zu tun hat. Sie präsentieren den Kommunen ein vergiftetes Geschenk, und zwar in Form einer Kreditierung von Steuerausfällen aus den Steuerschätzungen im Mai und November 2003 in einer Größenordnung von rund 690 Millionen €. Dieses Geld stunden Sie den Kommunen nicht, sondern Sie kassieren es im Jahre 2005 wieder ein.

Unsere Auffassung ist, Sie nutzen diese Kommunalkreditierung wie eine kreditfinanzierte Rücklage, und die ist verfassungswidrig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Denn diese Kommunalkreditierung machen Sie 2004 auf Pump, und 2005 tun Sie so, als hätten Sie einen verfassungsmäßigen Haushalt.

Wir stellen fest: Sie haben nichts dazugelernt, Sie haben noch nicht einmal den Richterspruch aus dem letzten Jahr aus Münster verinnerlicht. Sie scheuen sich offensichtlich auch nicht darum, was Ihnen nicht nur Münster, sondern auch das Berliner Gericht auf den Weg gegeben hat. Alles wird in Nordrhein-Westfalen ignoriert. Deshalb sind Sie hier unter allen 16 deutschen Bundesländern Spitze: Spitze im Schuldenmachen, Spitze im Tricksen, Spitze im Manipulieren.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]:
Das ist doch alles Quatsch!)

Einziges Motiv ist: Sie wollen sich weiter über die Runden hangeln ohne Rücksicht auf die Zukunft Nordrhein-Westfalens und ohne Rücksicht auf die Menschen in diesem Lande. Die Achse Steinbrück - Höhn - Moron ist sich einig: Wir wollen an der Macht bleiben, egal, was es das Land kostet.

Dafür bekommt der Ministerpräsident sogar noch 500.000 € Taschengeld für den Landtags- und Kommunalwahlkampf, Herr Moron, damit er über das Land ziehen kann und z. B. der AWO öffentlichkeitswirksam einen Schreibtisch spendieren

oder den "Falken" einen Scheck des Ministerpräsidenten übergeben kann. Das deklarieren Sie dann als Förderung des Ehrenamts. Mal schauen, was die Bürger von dieser Dreistigkeit halten.

Gleichzeitig machen Sie weiter Schulden. Mindestens 9 Milliarden € Schulden in den Jahren 2004 und 2005 und dies, um sich noch andere absurde Hobbys zu leisten. Ich nenne drei: Da wollen Sie eine Machbarkeitsstudie finanzieren zur Standortplanung für ein Sondermüllentsorgungszentrum in Marokko, oder Sie finanzieren ein Programm für die Rückkehr der Langdistanzwanderfische, oder Sie finanzieren aus Steuermitteln, Frau Höhn, Jagdeinladungen an Gäste der Landesregierung. Ich könnte viele weitere Beispiele nennen. Gleichzeitig, Herr Dieckmann, kürzen Sie bei der Finanzierung von Ersatzschulen, in der Kinder- und Jugendarbeit, bei der Weiterbildung und bei der ehrenamtlichen Arbeit der Übungsleiter in vielen Tausend Sportvereinen. Damit treffen Sie die Menschen in diesem Lande direkt. Das ist unsozial und ungerecht, Herr Dieckmann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir fordern Sie deshalb auf:

Erstens. Korrigieren Sie Ihre manipulierten Einnahmeerwartungen!

Zweitens. Beginnen Sie endlich mit dem Abbau des strukturellen Defizits in diesem Haushalt von mindestens 3 Milliarden €!

(Beifall bei CDU und FDP)

Drittens. Legen Sie einen Haushaltsentwurf vor, der auf Luftbuchungen, globale Minderausgabe, kreditfinanzierte Rücklagen und die Erklärung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verzichtet!

Das sind Sie in der Landesregierung nicht nur dem Parlament, sondern auch den Bürgern dieses Landes schuldig. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Diegel. - Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsrede, die Kollege Diegel gerade hier für die CDU-Fraktion zu den Einzelplänen 12 und 20 abgeliefert hat, zeigt ganz deutlich, dass die CDU in diesem Lande noch nicht reif ist, Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Kollege Diegel, ich warne davor, zugegeben schlechte Stimmungslagen für unsere Fraktion in eine arrogante Haltung umzumünzen in der Vorstellung,

(Heiterkeit und Zurufe bei der CDU)

man würde hier schon die Regierung übernehmen. Ich warne davor zu versuchen, die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land auf so einfache und billige Weise mit negativem Vokabular zu täuschen und ihnen klarzumachen, dass eine neue Regierung zu wählen ist.

(Edith Müller [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Sie haben in diesen zehn Minuten nicht einen Vorschlag gemacht, wie Sie mit dieser wirtschaftlichen Lage und mit den Rahmenbedingungen in Europa umgehen wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Ich glaube, das ist zu wenig. Ich glaube, das reicht nicht. Wir sind noch nicht so weit, dass Sie die Macht in diesem Hause übernehmen.

Sich hier hinzustellen und zu behaupten, dass wir als Parlament zwischen September und Januar nicht genug Zeit hätten, einen Haushalt zu beraten, verkennt die Erwartungshaltung draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sehr schnell von uns wissen wollen, wie es weitergeht und wo künftig Einsparungen vorgenommen werden. Sie erwarten auch, dass wir uns in einer solchen Situation bewegen und zeitlich intensiver beraten: vielleicht auch einmal am Wochenende, vielleicht auch abends mal etwas länger. Ich glaube, Sie sind noch nicht auf dem Weg, hier die Verantwortung zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben eine problematische Lage. Das ist überhaupt keine Frage. Der Haushalt für die Jahre 2004 und 2005, wie er sich jetzt in der zweiten Beratungsrunde darstellt, ist dennoch ausgewogen, ist sozial gerecht im Rahmen unserer landespolitischen Möglichkeiten und Verantwortungen,

(Zurufe von der CDU)

und er erfährt, wie wir gestern in der Debatte sehr gut sehen konnten auch die richtige politische Schwerpunktsetzung. In den Bereichen, die das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen betreffen, haben wir dafür gesorgt, dass nur maßvoll oder gar nicht gespart wird. Ich finde, das ist der richtige Weg, in schwierigen Zeiten einen politischen Schwerpunkt zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir versuchen angemessene Weichenstellungen in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage der Stagnation, die durch drei Faktoren geprägt ist, die zurzeit unzweifelhaft nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch weitere europäische Staaten kennzeichnen:

Zum Ersten geht es um den Rückgang unseres realen Bruttoinlandsproduktes, auch in Nordrhein-Westfalen. Wir haben bundesweit einen Rückgang von 0,1 %. Wir haben im Vergleich zu 2002 im Lande Nordrhein-Westfalen zurzeit einen Rückgang von 0,4 %. Ich glaube, das macht deutlich, dass wir hier sehr wohl von einer schwierigen wirtschaftlichen Lage reden können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Wir haben zum Zweiten eine außerordentlich hohe Erwerbslosenquote. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen - auch aus der CDU-Fraktion - wissen, dass die Arbeitslosenquote in vielen Revierstädten deutlich über 10 % liegt. Das ist ein Indikator, an dem ablesbar ist, dass es in der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik und in Europa Probleme gibt.

Wir haben drittens eine noch anhaltende binnenwirtschaftliche Schwäche und Unwägbarkeiten auch im außenwirtschaftlichen Bereich. Wenn wir uns die derzeitige Dollarentwicklung anschauen, sind wir gut beraten, wenn wir die Wachstumsprognosen für 2004 bzw. 2005 für unseren Landeshaushalt außerordentlich vorsichtig ausweisen.

Das heißt: Ein stetiges, ein angemessenes Wirtschaftswachstum, das eine ausreichende Basis für den Aufbau von Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen bietet, kann für dieses Jahr zurzeit nicht prognostiziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir gehen deshalb wie schon bei der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes davon aus, dass wir eine fortwirkende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in 2004 haben; ich vermerke ausdrücklich: für das Jahr 2004.

Deshalb sind wir auch keine Verfassungsbrecher, Herr Kollege Diegel, sondern verhalten uns ausdrücklich gesetzestreu nach dem Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum des Bundes, das uns verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, dieser Störung entgegenzuwirken, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder zu erreichen. Das gehört zum verantwortli-

chen Regierungshandeln. Denn wir werden künftig am wirkungsvollsten Impulse für die Wirtschaft in NRW setzen, wenn wir dafür sorgen, dass Beschäftigung, Investitionen und privater Konsum angekurbelt werden. Das Vorziehen der letzten Stufe der Steuerreform - wie ja geschehen - für dieses Jahr, ist aus unserer Sicht der richtige Schritt in die richtige Richtung, um das Wirtschaftswachstum zu forcieren. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, werden um ca. 16 Milliarden € entlastet; das ist Geld, das für Investitionen sowie für den persönlichen Verbrauch und Konsum frei wird. So wird die Steuerreform in unseren Augen zu einem wichtigen Instrument, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder einzupendeln.

Allerdings haben wir, meine Damen und Herren - das muss ich hier auch erwähnen -, entsprechende Auswirkungen im Landeshaushalt. Wir werden mit rund 1,3 Milliarden € belastet. Da wir schon durch einen umfangreichen Katalog von Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen in allen Bereichen mit vielen Betroffenen einen Weg gegangen sind, der außerordentlich schmerzhaft ist, sind wir der Meinung, dass weitere Einsparungen zurzeit nicht zu verantworten sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir befürchten außerordentlich negative Auswirkungen auf die Wirtschaft in unserem Land. Deshalb heißt die Linie ganz klar: Aus konjunkturellen Gründen wird nicht weiter gespart, sondern wir werden unsere Belastungen im Landeshaushalt über neue Kredite finanzieren. Ich sage allerdings deutlich: Es geht um die Mehrbelastungen, die uns aus dem Vorziehen der Stufe der Steuerreform in diesem Jahr erwachsen.

Das heißt konkret: Die erhöhten Kredite finanzieren ausschließlich die Einnahmeausfälle aus diesem Vorziehen der Steuerreform, nicht etwa neue politische Schwerpunkte und neue Programme. Das muss deutlich gesagt werden, Herr Kollege Diegel.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie das als Opposition kritisieren, müssen Sie das mit anderen Vorschlägen in diesem Parlament deutlich unterlegen.

Meine Damen und Herren, trotzdem geben wir im Landeshaushalt 3,5 Milliarden € für neue Investitionen aus. Wir werden keiner Mitarbeiterin und keinem Mitarbeiter in der Landesverwaltung eine Kündigung aussprechen. Wir werden sozial aus-

gewogen notwendige Kürzungen und Belastungen verteilen.

Das heißt, wer weniger verdient, wird auch weniger belastet. Wer in schwierigen persönlichen Rahmenbedingungen lebt, so z. B. behindert ist, erfährt in diesem Land Nordrhein-Westfalen besondere Fürsorge.

Meine Damen und Herren, der Erhalt einer leistungsfähigen Verwaltung, einer Wirtschaft im Lande, die in der Lage ist, entsprechende Impulse zu setzen, aber auch eines politischen Klimas mit dem Schwerpunktthema Jugend und Bildung bestimmen wir die wichtigsten Rahmenbedingungen für unseren Haushalt.

Deshalb sind wir der Meinung, dass der Haushalt, so wie er jetzt hier zur zweiten Lesung vorgelegt worden ist, die richtige Antwort auf die aktuellen Probleme der Zeit ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. - Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Diegel hat gerade viele der Eckdaten für den Haushalt genannt. Angesichts der von ihm auch noch einmal vorgebrachten Zahlen, Frau Kollegin Walsken, fällt es mir natürlich schon schwer, wenn Sie in diesem Zusammenhang von billiger Täuschung reden. Die ganze Sache ist nämlich keineswegs billig, sondern kostet den Steuerzahler und das Land Nordrhein-Westfalen richtig Geld.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Gesamtschulden für das Land Nordrhein-Westfalen steigen mit dem Haushalt 2004 auf über 100 Milliarden € und im Jahr 2005 auf über 105 Milliarden €.

Im Klartext bedeutet das, dass es der Regierung seit 1995 - seit diese unselige Koalition hier wirkt, denn „gestaltet“ will ich ja gar nicht sagen - gelungen ist, die Verschuldung, die im Jahr 1995 67,7 Milliarden € betrug, um 55 % auf beachtliche 105 Milliarden € in die Höhe zu katapultieren. Diesen Betrag muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Angesichts dieser Fakten klingt die von Ministerpräsident Steinbrück ausgegebene Parole „Für die Zukunft unserer Kinder“ wirklich eher wie eine Verhöhnung derselben. Genauso verhält es sich mit den Lippenbekenntnissen zur Nachhaltigkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ja, wir brauchen eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik auch und gerade in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen eine Finanz- und Haushaltspolitik, die Schulden abbaut und nachfolgenden Generationen wieder auch finanzielle Handlungsspielräume eröffnet.

Aus Ihren Mündern, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, verhallt hingegen die Forderung nach Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik im Wesentlichen ohne Taten.

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 167.752 Kinder in Nordrhein-Westfalen lebend geboren. Diese Kinder kommen im Jahr 2004 erstmalig in den Kindergarten und schleppen schon heute eine Hypothek von jeweils 0,6 Millionen € Schulden auf ihrem kleinen Rücken.

Allein mit dem Haushalt 2004 packen Sie nun jedem dreijährigen Kind über 31.000 € neue Schulden dazu - Tendenz steigend. Von Schuldenabbau ist da sowieso nirgendwo die Rede.

Meine Damen und Herren, halten Sie das denn für eine verantwortliche Politik? Hat das etwas mit Nachhaltigkeit zu tun? Können Sie sich das allen Ernstes noch morgens im Spiegel selber ins Gesicht sagen? - Ich glaube kaum.

Meine Damen und Herren, Ihre Politik zerstört unseren Kindern und Jugendlichen Gestaltungs- und Handlungsspielräume, anstatt sie ihnen zu eröffnen. Das zeigt sich auch an anderen Stellen, auf die ich gleich noch komme.

Ihre Politik und der vorgelegte Etatentwurf mit den Änderungen, die er im Beratungsverfahren durch Sie erfahren hat, sind sozial ungerecht und kinder- und jugendfeindlich.

Zum Beratungsverfahren selbst hat der Kollege Diegel bereits einiges ausgeführt, sodass ich das nicht wiederholen möchte.

Allein die Nettokreditermächtigung finde ich persönlich atemberaubend. Für das Jahr 2004 beträgt sie 5,1538 Milliarden €. Das ist die Netto-neuverschuldung.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ihr Konzept?)

2005 beträgt sie immerhin 3,7622 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, bei diesen Zahlen kann einem eigentlich nur übel werden. Ich finde es dann sehr ehrenvoll, wenn eine Ministerin in einem Interview bekannt hat, dass sie nachts nicht mehr ruhig schlafen kann. Das kann ich

nämlich gut nachvollziehen. Bei der Verschuldung darf eigentlich niemand mehr, der hier Verantwortung trägt, ruhig schlafen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Im Ergebnis müssen wir festhalten: Im Jahre 2005 soll diese Regelobergrenze der Verfassung knapp mit 60,5 Millionen € angeblich unterschritten werden - getreu dem Motto: Schöngerechnet ist nur halb verfassungswidrig.

Im Jahr 2004 - definitiv und zugestanden - wird die Regelobergrenze um über 1,4 Milliarden € - sagen wir: 1,5 Milliarden € - überschritten. Damit ist der Haushalt verfassungswidrig.

Selbst wenn die Feststellung durch den Verfassungsgerichtshof für die vergangenen Jahre, was die Verfassungswidrigkeit der Haushalte angeht, ja völlig ohne irgendeine politische Verantwortungsübernahme geendet hat, meine Damen und Herren, muss das doch hier in diesem Parlament zur Sprache kommen.

Der Zauberlehrling spricht natürlich an dieser Stelle die Formel: Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. - Eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts liegt bekanntlich vor, wenn einzelne oder mehrere der in § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft genannten Ziele ernsthaft und nachhaltig beeinträchtigt werden oder wenn ein solcher Zustand droht.

Deutschland befindet sich nicht mehr nur noch in einer Stagnation, sondern in einer Rezession. Zu den ganzen Prognosen über Wirtschaftswachstum kann ich nur sagen: Wenn ich mir ansehe, was da in den letzten Jahren an Wachstumsprognosen alles korrigiert werden musste, lassen Sie uns mal lieber davon ausgehen, dass wir an dieser Stelle von Wirtschaftswachstum überhaupt nicht reden können.

Hoch ist in Deutschland und in NRW nicht der Beschäftigungsstand, sondern hoch sind lediglich die Beschäftigungslosenzahlen. Das hat katastrophale Auswirkungen für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen, ihre Familien und unsere Gesellschaft insgesamt. Gelegentlich hat man den Eindruck, dass das hier vergessen wird.

Damit sind eindeutig zwei Ziele verfehlt, und zwar durch das Verschulden der von SPD und Grünen geführten Regierungen in Berlin und Düsseldorf.

(Beifall bei der FDP - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben kein Konzept!)

- Die Tatsachen sprechen da für sich, Herr Sagel. Ich weiß: Von Fakten halten Sie ohnehin nicht allzu viel.

Meine Damen und Herren, die Tatsachen sprechen für sich, und Sie haben eindeutig unter Beweis gestellt, dass Sie es nicht können. Sie wirtschaften dieses Land immer weiter herunter. Die Schulden sind der eindeutige Beleg dafür.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen)

Das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenzahlen belegen das eindeutig.

Schauen wir doch einmal weiter, ob es Ihnen mit dem von Ihnen vorgelegten Haushalt gelingt, Maßnahmen zur Herstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu ergreifen. Sind die Maßnahmen geeignet? Die Antwort kann ich Ihnen schon jetzt geben:

(Edith Müller [GRÜNE]: Ja!)

Nein, das sind sie nicht. Sie buttern nämlich weiterhin doppelt so viel Geld in den Steinkohlebergbau wie Sie für die aus Landesmitteln finanzierte Mittelstandsförderung ausgeben. Sie fahren das Programm der Meistergründungsprämien zurück, das zugegebenermaßen erfolgreich ist. Hier setzen Sie den Kahlschlag an. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2000 kürzen Sie die Barmittel um über 67 %, und zwar genau in den Bereichen, in denen bislang Arbeitsplätze entstanden sind, Menschen investiert haben und Bewegung für Beschäftigung in diesem Land vorhanden war.

Ich komme zum Bereich Bildung. Es ist in diesem Haus eine anerkannte Tatsache, dass Bildung ein wichtiger Standortfaktor ist. Sie ist wichtig, damit wir in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen wieder mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum erreichen. Aber auch hier kann man nur einen Wortbruch feststellen.

Besonders perfide finde ich es, dass Sie gerade bei den Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft, die dem Land aufgrund der Elternbeiträge und der Beiträge der freien und nichtöffentlichen Träger erhebliche Eigenmittel sparen, kürzen. Das führt dazu, dass diese Einrichtungen schließen müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Das alles ist keine generationenverträgliche Politik.

(Edith Müller [GRÜNE]: Aber ja!)

Der nächste Punkt ist der Bürokratieabbau. Wir haben oft gehört und hundertmal darüber geredet, dass der gesamte Gesetzes- und Vorschriften-dschungel durchforstet werden muss und dass wir endlich wieder Bewegungsfreiräume und Hand-spielräume erhalten müssen.

(Edith Müller [GRÜNE]: Machen wir ja!)

Von Ihnen kommen hier permanent aber nur An-kündigungen und niemals Taten. Wo sind denn die abgeschafften Verwaltungsvorschriften und Gesetze?

(Beifall bei der FDP)

Wo ist denn die Reduzierung der Gängelung für all diejenigen, die in diesem Land unternehmeri-sche Initiativen ergreifen, wirtschaftlich tätig sein, investieren und Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen wollen?

Aus diesem Grunde muss ich sagen, dass wir er-hebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes haben.

(Edith Müller [GRÜNE]: Alternativen bitte!)

Es ist zwingend erforderlich, den Staat endlich abzuspecken, die Aufgaben des Staates zurück-zufahren und die Personalkosten zu senken.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Freimuth, möch-ten Sie eine Frage von Herrn Groth beantworten?

Angela Freimuth (FDP): Nein, das möchte ich nicht. Vielleicht später.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Oh! Sie kneifen, Frau Kollegin!)

Herr Groth lächelt ohnehin die ganze Zeit und bringt mich aus dem Konzept. Deshalb will ich es durch eine Zwischenfrage nicht noch verkompli-zieren.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ich wusste nicht, dass es so einfach ist! - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Man kann Sie doch gar nicht aus dem Konzept bringen, weil Sie gar keines haben!)

- Herr Sagel, man sollte nicht von sich auf andere schließen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Diegel hat vorhin auf einen bestimmten Punkt hingewiesen. Ich weiß, dass auch die Kol-leginnen Walsken und Müller diesen Punkt be-denken. Wir müssen in diesem Land endlich auch

die strukturellen Probleme angehen, Prioritäten richtig zu setzen und Personalkosten senken.

(Edith Müller [GRÜNE]: Ja, sehr richtig!)

Wir brauchen - da stimme ich mit Ihnen überein - neue Instrumentarien, z. B. die Personalkosten-budgetierung.

(Edith Müller [GRÜNE]: Genau das machen wir!)

Aber dennoch kommen wir nicht darum herum, die Prioritäten richtig zu setzen.

Ich habe im Haushalt einige schicke Dinge gefun-den. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: Kongresse und Symposien, Workshops zu umweltspezifischen frauenpoliti-schen Themen. Kann mir mal jemand erklären, was das sein soll?

(Edith Müller [GRÜNE]: Da müssen Sie ein-mal hinkommen!)

Besser noch: Waldpädagogik unter Gender-Aspekten oder ökologischer Landbau, Extensivie-rung und Festmistwirtschaft. Bei den Fakten kann ich nur sagen: Das Einzige, was hier Festmist ist, das ist der Haushalt in ausgedruckter Form.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, unsere Polizisten kau-fen sich ihre Dienstkleidung und Ausrüstung selbst,

(Zuruf von der SPD: Was?)

unsere Kinder leiden unter Unterrichtsausfall und die Landesregierung stellt im Gegenzug kreditfi-nanziertes Geld für das Projekt "Waldpädagogik unter Gender-Aspekten" zur Verfügung. Das muss man sich einmal überlegen. Wo findet denn hier eine Prioritätensetzung statt? Sie laufen doch völ-lig in die Irre. Der Kollegin Höhn kann ich nur sa-gen: Respekt, dass Sie und wie Sie die Kollegen von der SPD am Nasenring durch die Manege ziehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen nach wie vor keine ausreichenden Initiativen zur Privatisierung. Der Staat hat in der Wirtschaft nichts zu suchen. Er hat lediglich Rahmenbedingungen zu setzen. Das ist alles.

(Edith Müller [GRÜNE]: Genau! Gar nichts! Machen wir gar nichts mehr!)

Dazu fehlt Ihnen aber gänzlich der Mut.

Das Gleiche gilt für Folgendes: Wir diskutieren oft darüber, wie wir die Schattenwirtschaft und den Umsatzsteuerbetrug bekämpfen können. Wir haben riesige Steuermindereinnahmen, die einzig und allein durch diese Tatbestände begründet sind. Nach Schätzungen belaufen sie sich alleine aufgrund des Umsatzsteuerbetrugs auf jährlich 2,7 Milliarden €. Aufgrund der Schattenwirtschaft dürften Mindereinnahmen in mindestens der gleichen Höhe anfallen. Wir bekommen es trotzdem nicht hin, unsere Finanzverwaltung durch ein einfacheres, transparenteres und leichter handhabbares Steuersystem wieder in die Lage zu versetzen, ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen, nämlich für die Einnahmen dieses Landes zu sorgen und ihren Beitrag für die Einhaltung des Grundsatzes der gleichmäßigen Besteuerung und somit für die Steuergerechtigkeit zu leisten. Die Motivation bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst - insbesondere in der Finanzverwaltung - ist durch die Zumutungen, die sie im letzten Vierteljahr durch Sie erfahren haben, beträchtlich gesunken. Doch brauchen wir gerade zur Verbesserung der Einnahmesituation eine leistungsfähige Finanzverwaltung.

Hier sehe ich von Ihrer Seite jedoch keinerlei Bewegung. Sie glauben nach wie vor, dass man das völlig unsystematische Wirrwarr im Steuersystem irgendwie noch retten kann. Damit unterliegen Sie einer katastrophalen Fehleinschätzung. Wir müssen in diesem Land wieder Spielräume gewinnen, damit wir an das Problem der Pensionsverbindlichkeiten herangehen, diese tickende Haushaltsbombe entschärfen und einen Pensionsfonds aufbauen können.

Wir brauchen Spielräume, damit wir Schulden abbauen können, damit wir wieder für unsere Kinder und Jugendlichen eine Perspektive aufbauen können, damit wir wieder Gestaltungsmöglichkeiten für unsere Kinder erlangen.

Meine Damen und Herren, mit dem von Ihnen vorgelegten Haushalt sehe ich bedauerlicherweise bis zum heutigen Zeitpunkt keinerlei Ansätze in diese Richtung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Müller von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltberatungen sind

bis auf den heutigen Tag nicht leicht gewesen. Das haben alle Vorredner und Vorrednerinnen schon gesagt. Nach der Einbringung des Gesetzentwurfs und der ersten Lesung im Parlament im November vergangenen Jahres ist viel passiert.

Der Finanzminister hat inzwischen zwei Ergänzungen vorgelegt, eine zur Korrektur der Steuereinnahmen nach der Steuerschätzung und den daraus resultierenden Konsequenzen und die zweite zur Umsetzung der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses, sodass wir im Vergleich zur Situation im November heute in der Tat eine andere Beratungsgrundlage haben. Die Opposition hat nun das Verfahren nicht nur kritisiert, sondern - und das ist höchst bedauerlich - hat sich in den Beratungen weitgehend verweigert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

- Jawohl, Herr Stahl. Dazu möchte ich Folgendes klarstellen: Der Zeitplan - darum geht es - für den Doppelhaushalt war zwischen allen Fraktionen einvernehmlich verabschiedet.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das Instrument einer Ergänzungsvorlage, die die Ergebnisse der Steuerschätzung reflektiert, ist absolut nichts Neues für uns Haushälter. Das passiert in jedem Haushaltsverfahren.

(Edgar Moron [SPD]: So ist es in jedem Parlament. - Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Darüber hinaus bestand Konsens auf allen Seiten, Herr Stahl, dass die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses in einer zweiten Ergänzung nach Weihnachten eingearbeitet werden sollten.

(Edgar Moron [SPD]: Das machen die Kollegen in allen anderen Ländern auch so!)

Sie, meine Damen und Herren, haben, obwohl Sie das Verfahren mit uns vereinbart haben, Krokodilstränen vergossen, um zu dokumentieren, jetzt würden Sie sich nicht mehr daran halten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Damit haben Sie nur kaschiert, dass Sie überhaupt keine einzige Idee zu diesem Haushalt hatten.

Mit der Aussage, Sie könnten über die Vorlagen nicht beraten, haben Sie ihre eigene Unfähigkeit dokumentiert mitzugestalten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie hätten genauso gut wie wir auf der Basis des Haushaltsentwurfes Ihre Vorschläge einbringen können.

(Zurufe von der CDU)

Schwierig sind die Beratungen nicht nur aufgrund der lange Zeit ungewissen Entscheidungen in Berlin im Bundesrat, sie sind auch schwierig, weil der Bundesrat schließlich und endlich nicht so entschieden hat, wie wir und die Bundesregierung uns das erhofft hatten. Entscheidend ist: Der Subventionsabbau bleibt weit hinter unseren Erwartungen zurück. Und da sind Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, genauso in der Verantwortung.

Das Haushaltsbegleitgesetz und die Koch-Steinbrück-Liste führen nur zu Mehreinnahmen von ca. 1,5 Milliarden €. Die Steuerreform hingegen für 2004 und 2005 greift voll. Wenn die Bürgerinnen und Bürger um rund 17 Milliarden € entlastet werden, kommen wir mit unserem Haushalt in eine Schieflage, eine Schieflage, die, abgesehen von dem Einmaleffekt im Jahre 2004 durch die Privatisierungserlöse des Bundes ab 2005 dauerhaft ist, weil Sie im Vermittlungsausschuss den Subventionsabbau nicht mitgemacht haben,

(Beifall bei den GRÜNEN - Helmut Stahl [CDU]: Dafür haben wir jetzt 6 Milliarden € neue Schulen!)

Diese Schieflage löst einen enormen Konsolidierungsdruck aus. Es handelt sich um eine Schieflage, die - auch das müssen Sie konstatieren, da tragen Sie genauso Verantwortung - nicht allein durch Konsolidierung zu korrigieren ist. Das wissen Sie genauso wie wir.

Deshalb nehmen Sie allmählich - ich lese das mit Interesse in der Zeitung - Abstand von weiteren Steuerentlastungen. Man kann prinzipiell über weitere Steuerentlastungen sprechen, aber unter der Prämisse, dass die Einnahmen der öffentlichen Haushalte - dafür tragen wir hier die Verantwortung - auf einem soliden Niveau gehalten werden. Und das ist, wie ich sehe, die Crux der Opposition, namentlich der CDU, meine Damen und Herren.

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten mit Freuden aus der Presse:

"Verwirrspiel um die große Steuerreform.

Selten hat ein mit so viel Tamtam vorgetragenes Projekt wie die Merz'sche Bierdeckelreform ein so schnelles Ende genommen."

Ich erlaube mir in leichter Abwandlung eines weiteren Zitates zu behaupten, dass die Union kurz vor dem finalen Nachweis ihrer Regierungsunfähigkeit steht.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Über Herrn Dr. Rüttgers lese ich heute Morgen, dass die CDU-Bundestagsfraktion verlautet, seine Vorschläge seien eine dissonante Einzelprofilierung. Sie werden als Tagespolitik bewertet, die morgen wieder vergessen wird. Das ist meiner Meinung nach eine ziemlich treffende Einschätzung der CDU-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir setzen jetzt - ich betone: jetzt - nicht auf weitere Steuersenkungen, die nicht gegenfinanziert sind, um die öffentlichen Haushalte und unseren Landeshaushalt nicht mehr zu belasten. Dazu müssen Sie auch ein Wort sagen, wenn Sie angeblich im März zu einem Gesetzentwurf zur Steuerreform kommen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir sind allerdings entschieden der Meinung - das möchte ich hier dezidiert betonen -, dass Steuervereinfachung und Subventionsabbau ganz oben auf der Tagesordnung stehen müssen. Ich bin gespannt, ob sich die CDU im Laufe des Jahres, wenn wir über Steuervereinfachungen und Subventionsabbau reden, mehr bewegt, als sie das mit ihren kleinen Schritten im Vermittlungsausschuss getan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben uns diesem Konsolidierungsdruck gestellt, und zwar mit allen Konsequenzen. Wir haben gespart. Dabei sind wir bis an die Grenzen des Machbaren gegangen. Wir haben große Demonstrationen vor diesem Hause erlebt, erst gestern noch, die dies bestätigen.

Glauben Sie uns: Wir haben uns unsere Aufgabe nicht leicht gemacht. Immer wieder haben wir zwischen all den wichtigen, oftmals divergierenden politischen Zielen, zwischen finanzieller Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit, zwischen Anreizen für ein verstärktes Wirtschaftswachstum und den dringend benötigten zusätzlichen Mitteln für mehr Bildung abgewogen.

Immer wieder haben wir uns in den letzten Wochen und Monaten gefragt: Was ist in diesen Zeiten das Richtige? Was soll Vorrang haben? Wo müssen und können wir jetzt etwas verändern?

Das erklärte politische Ziel der Koalitionsfraktionen ist, die Nettoneuverschuldung unter 2,5 Milliarden € zu drücken. Dieses Ziel werden wir nicht erreichen. Ich bedauere das sehr, denn für mich als Haushalts- und Finanzpolitikerin ist der Schuldenabbau eines der vorrangigsten Ziele. Denn daran hängt nicht nur der europäische Stabilitätspakt, der in eine äußerst prekäre Lage gekommen ist.

Ich persönlich habe sowohl für die politischen Bemerkungen von Jean-Claude Juncker, der auf die inhärente Flexibilität des Paktes hinweist, als auch für die Klageankündigung der Europäischen Kommission große Sympathie. Ich finde nichts Verwerfliches daran, im Rahmen der Gewaltenteilung der Europäischen Union eine Entscheidung durch das europäische Gericht überprüfen zu lassen.

Wir wissen, dass der Weg in weitere Schulden eine bessere wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die zukünftige Entwicklung unseres Landes erschwert. Das alles weiß ich; das alles weiß meine Fraktion. Wir haben heute aber keine Alternative dazu, so bedauerlich das auch ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Gisela Walsken [SPD])

Meine Damen und Herren, wenn Subventionsabbau nicht in der notwendigen Größenordnung stattfindet und wenn die sofort zu realisierenden Konsolidierungsmaßnahmen erschöpft sind, sofern man keine wichtigen Einrichtungen und Strukturen zerschlagen will - und das würden Sie ja auch nicht tun -, dann bleiben nur noch strukturelle Maßnahmen, die - und das muss betont werden - nicht von heute auf morgen umzusetzen sind.

Es bleibt also eine Finanzierungslücke, die eben durch Kredite zu finanzieren ist, zumal dann, wenn wir - und das ist unsere Absicht - mehr Lehrer wollen, wenn die Arbeitsgerichtsbarkeit personell besser ausgestattet werden soll, wenn wir Übungsleiter unterstützen wollen und wenn Kultur gefördert sowie Wissenschaft und Forschung ausgebaut werden sollen.

Wenn Sie - ich schaue auf den Sprecher der CDU-Fraktion - an unserer Stelle wären - Hand aufs Herz, Herr Diegel -, hätten Sie keine andere Möglichkeit.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] - Widerspruch bei der CDU)

Es gehört zur Seriosität einer Oppositionsfraktion dazu, die objektiven Rahmenbedingungen genau-

so zur Kenntnis zu nehmen wie wir. Darüber lässt sich nicht polemisieren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

An Ihren Deckungsvorschlägen ist doch leicht zu erkennen, wie Sie in diesem Haushaltsverfahren operiert haben.

Liebe Kollegin Freimuth, über die FDP will ich kein Wort mehr verlieren. Zur vollständigen, sofortigen und bedingungslosen Streichung der Steinkohlesubventionen hier und jetzt ist gestern alles gesagt worden, wie ich finde.

Die CDU-Fraktion hat sich aber etwas ganz Schlaues einfallen lassen: den Verkauf von Anteilen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes u. a. an die Landesbank.

(Helmut Stahl [CDU]: Clever!)

Dabei sollen - man höre und staune - allein im Jahr 2004 rund 1,6 Milliarden € cash in den Landeshaushalt fließen. Wenn das nicht eine Illusion ist, lieber Kollege Diegel!

Man kann ja über jede Variante der Umwandlung des BLB in eine Anstalt des öffentlichen Rechts und anderes nachdenken. Einen seriösen Deckungsvorschlag vermag ich darin aber nicht zu erkennen. Besser noch: Es ist ein ungedeckter Scheck.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hingegen wollen uns nicht durchmogeln. Wir wissen, dass der Haushalt mit Risiken behaftet ist. Es gibt Unwägbarkeiten, die darin begründet sind, dass wir nicht wissen, wie die dem Haushalt zugrunde liegenden Annahmen realisiert werden.

Ich will im Rückblick auf das vergangene Jahr nur ein Beispiel nennen: Die Annahmen über das nominale Wirtschaftswachstum und damit auch über die Steuereinnahmen für das Jahr 2003, wie sie der Bundesfinanzminister in seinem Stabilitätsprogramm dargelegt hatte, haben sich nicht realisiert - sowohl bezüglich des realen Wirtschaftswachstums, das statt 1,5 % nur 0 % betrug, als auch bezüglich der Inflation, die von 1,5 % auf 1 % absank.

Die Folge ist ein um fast 50 Milliarden € niedrigeres nominales Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003. Bei einer Steuerquote von rund 20 % heißt das umgerechnet: Etwa 10 Milliarden € fehlen in den öffentlichen Kassen. Ein Viertel davon ist allein der niedrigeren Inflationsrate geschuldet.

Herr Diegel, solche Mechanismen müssen wir auch zur Kenntnis nehmen; die übersehen Sie

immer gerne. Es gibt objektive Faktoren, die wir nicht in unseren Planungen prognostizieren und vorbereiten können. Es gehört eben zur Seriosität dazu, dass man solche Mechanismen zur Kenntnis nimmt.

Die Entwicklung für 2004 können wir letztlich nicht vorhersehen. Wir wissen nicht, welches Wirtschaftswachstum sich realisieren wird, wie sich der Euro entwickeln wird und welche Auswirkungen dies vor allem auf den Export haben wird. Wir wissen dezidiert nicht, wie sich die weitere Bundesgesetzgebung, z. B. das Steueramnestiegesetz, auf die Einnahmen auswirkt. Die Einnahmen können eben nur geschätzt werden; im Laufe des Haushaltsvollzuges in den Jahren 2004 und 2005 werden wir dann klüger werden.

Wir hoffen aber, mit der Agenda 2010 und der Steuerreform einen Impuls gesetzt zu haben, der sich sicherlich - wenn auch in geringem Umfang, aber immerhin - positiv auf die Konjunktur auswirken wird.

Meine Damen und Herren, das Land ist finanziell in einer sehr schwierigen Lage. Die Einschnitte wiegen schwer. Es gibt aber keine Alternative dazu.

Ich bin in den letzten Wochen viel im Land herumgekommen und bin ermutigt worden von dem großen Reformpotenzial, das dieses Land hat. Alle, mit denen ich gesprochen habe, wissen, dass wir uns nicht mehr das leisten können, was wir uns in den letzten Jahren geleistet haben. Alle wissen, dass wir ohne Reformen und ohne Wandel nicht wirklich weiterkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichwohl gibt es ein Bedürfnis nach Stabilität und Sicherheit. Die Menschen wollen wissen, was auf sie zukommt. Dieses Bedürfnis wollen wir ernst nehmen. Den Wandel voranbringen und gleichzeitig Sicherheit geben - das geht nur mit mehr Transparenz und mehr Zeit für den Dialog. Dies sind wichtige Bausteine für die Haushaltspolitik der kommenden zwei Jahre.

Ich betone für meine Fraktion: Wir wollen flächendeckend neue Steuerungsinstrumente einsetzen. Dazu gehören die Budgetierung, die Kosten-Leistungs-Rechnung und ein adäquates Controlling.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entsprechende Anträge dazu sind für die dritte Lesung in Vorbereitung. Herr Stahl, ich würde mich sehr freuen, wenn wir das eine oder andere

an dieser Stelle fraktionsübergreifend verabschieden könnten.

Wir verstärken jetzt mit der Sportpauschale das Instrument der Pauschalierung. Ich denke, wir müssen in diese Richtung mehr experimentieren. Dezentralität und Autonomie sind wichtige Stichworte, gerade in Bezug auf das Verhältnis zwischen Land und Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Förderrichtlinien verschlanken und handhabbarer machen. Das erleichtert den Zuwendungsempfängern den Umgang mit den zugewiesenen öffentlichen Mitteln.

Wir wollen in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zur Bildung eines Kapitalstocks auf den Weg bringen, das den Versorgungsfonds ergänzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir machen mit dem begonnenen Bürokratieabbau weiter. Weg mit den Erlassen, die nicht mehr notwendig sind und die uns in der Gestaltung der Wirklichkeit vor Ort behindern!

Schließlich wollen wir eine Reform des Föderalismus mit haushaltswirksamen Verbesserungen für unser Land. Daran arbeiten wir.

Meine Damen und Herren, wir meinen, unter den schwierigen Bedingungen alles in allem - ich betone: alles in allem - einen guten Haushalt zu verabschieden: einen Haushalt, der in Bezug auf die Bedürfnisse von heute ausgewogen ist und für die Belange von morgen Vorsorge trifft. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. - Das Wort hat der Abgeordnete Siekmann, SPD-Fraktion.

Erwin Siekmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat vereinbart, den Einzelplan 12 durch einen eigenen Redebeitrag kurz ins Licht zu stellen, um deutlich zu machen, welche Bedeutung dieser Einzelplan hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die finanzielle Situation des Bundes, der Länder und der Gemeinden ist äußerst schwierig; die Gründe dafür kennen wir alle. Es sind in erster Linie die mehrjährige konjunkturelle Schwächephase, die viel zu hohe Arbeitslosigkeit und die enorm hohen Steuerausfälle. In allen Bereichen muss erheblich gespart werden, um die Haushalte 2004

und 2005 ausgleichen zu können. Trotz dieser großen Kraftanstrengung bleibt ein Finanzierungssaldo, der nur durch eine eigentlich viel zu hohe Nettokreditermächtigung ausgeglichen werden kann.

Der Finanzminister musste den Ressorts Einsparungen abverlangen, die nahe an der Grenze des noch Vertretbaren lagen. Obwohl der Einzelplan 12, also der Einzelplan des Finanzministers, schon immer eine gewisse Vorbildfunktion hatte, gilt dies naturgemäß ganz besonders jetzt. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat seinen Einzelplan darum besonders kritisch geprüft. Unsere Fraktion ist zu der Überzeugung gelangt, dass der Einzelplan 12 diesen hohen, an ihn gestellten Ansprüchen gerecht wird.

In unserer so schwierigen Haushaltssituation darf naturgemäß nicht nur geprüft werden, in welchen Bereichen Einsparungen vorzunehmen sind, sondern wir müssen in ganz besonderem Maße auch unsere Einnahmemöglichkeiten voll ausschöpfen. Die zu zahlenden Steuern sind möglichst lückenlos zu ermitteln und einzuziehen. Durch geeignete Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass z. B. niemand ein Kraftfahrzeug führt, für das noch keine Kraftfahrzeugsteuer entrichtet wurde. Die Umsatzsteuerbetrugsfälle müssen nach meiner festen Überzeugung in Zukunft weitgehend ausgeschlossen werden.

Ich weiß sehr wohl, dass noch große Kraftanstrengungen auf Bundes- und auch auf Europaebene notwendig sind, um z. B. die Karussellbetrügereien auszuschließen. Aber es ist den Schweiß der Edlen wert. Legale Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden. Es ist mir unklärlich, warum hier offenkundig nicht alle Länder an einem Strick ziehen können. Warum gelingt das nicht? Auch die Lobbyisten in unserer Gesellschaft sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Unser Land Nordrhein-Westfalen darf in den Bemühungen auf Bundesebene nicht nachlassen, zu entsprechenden bundesweiten Regelungen zu kommen.

Die drei Stufen der Steuerreform haben für die öffentlichen Hände zu erheblichen Einnahmeausfällen geführt. Weitere Mindereinnahmen durch eine so genannte große Steuerreform sind für Bund, Länder und Gemeinden nicht mehr hinnehmbar, ohne die Infrastruktur unseres Landes nachhaltig zu schädigen. Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin sehr wohl für eine große Steuerreform. Sie muss aber für die öffentlichen Haushalte mindestens einkommensneutral sein. Wer weitere Steuersenkungen verspricht, beherrscht entweder

die Grundrechenarten nicht oder er ist ein Scharlatan oder Hasadeur.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen also eine Steuervereinfachung, klare, verständliche und gerechte Regelungen, Schließung der Steuerschlupflöcher, Maßnahmen zur Einhaltung von Steuerehrlichkeit, Subventionsabbau und Transparenz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, rund 82 % des Einzelplanes 12 sind Personalkosten. Die bisher ausgebrachten kw-Vermerke werden bis 2005 realisiert. Das ist beispielhaft. Wir haben aber auch zu bedenken, dass der Einzelplan 12 nicht nur ein gutes Beispiel für die anderen Ressorts geben muss, sondern selbstverständlich darf die Sparschraube beim Personal auch nicht überdreht werden. Bei den Steuerprüfern und Betriebsprüfern ist personell eine Verstärkung sinnvoll, ja sogar notwendig. Wir begrüßen aus diesem Grunde die in der 2. Ergänzungsvorlage ausgebrachte zusätzliche Einstellungsermächtigung für 30 Stellen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Damit nehmen wir nicht nur die Forderungen der Deutschen Steuergewerkschaft auf, sondern wir reagieren auch auf die in diese Richtung zielende Diskussion aller Fraktionen im Unterausschuss "Personal" und im Haushalts- und Finanzausschuss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche aus dem Einzelplan 12 noch zwei mir wichtige Punkte an. Das ist zum einen die Frage: Wie kann man trotz des komplizierten Steuerrechts zur weiteren Arbeitserleichterung die Datenverarbeitung noch wesentlich stärker nutzen als bisher? Damit nicht jedes Bundesland das Rad neu erfinden muss, wurde die FISCUS GmbH gegründet mit dem Ziel, bundeseinheitliche Software zu schaffen. Nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten wurde uns jetzt berichtet, dass gute Fortschritte gemacht werden. Ich kann die Landesregierung nur ermuntern, alles zu unternehmen, um die Produktivität weiter zu steigern, damit die angestrebten Ziele so schnell wie möglich erreicht werden.

Der letzte Punkt, den ich noch ansprechen will, betrifft die Deckungsvorschläge, die die Oppositionsfractionen vorgelegt haben. Ich will nicht lange herumreden: Die Deckungsvorschläge sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden. Sie sind weder sachlich gerechtfertigt noch politisch in den beiden Haushaltsjahren umsetzbar.

Als Beispiele seien für die FDP-Fraktion der Antrag zur Kohleförderung und für die CDU-Fraktion der Antrag zum BLB erwähnt. Leider reicht die mir noch zur Verfügung stehende Zeit nicht aus, im Einzelnen zu begründen, warum diese Deckungsvorschläge nicht solide sind. Ich bin aber überzeugt, dass die Anträge von jedem, der über ein Mindestmaß an rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundkenntnissen verfügt, schon fast auf den ersten Blick als unseriös enttarnt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, gerade in schwierigen Haushaltssituationen gibt es auch eine ganz besondere Verantwortung der Opposition. Vor allem mit Ihren Deckungsanträgen, aber auch mit Ihren Erhöhungsanträgen zu den Ausgaben werden Sie dieser Verantwortung nicht gerecht. Hier haben Sie noch nachzulegen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Siekmann. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Dieckmann.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein guter Bekannter von mir, der neulich aus einem Rhetorik-Lehrgang kam, berichtete, man habe ihm zu seiner Überraschung gesagt, Wiederholung sei ein zulässiges Mittel der Rhetorik. Ich habe den Eindruck, die Opposition hat das missverstanden und es zum alleinigen Stilmittel Ihrer heutigen Redebeiträge gemacht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN – Widerspruch bei CDU und FDP)

Deshalb, Herr Diegel, Frau Freimuth, möchte ich einige Dinge nur noch kurz aufrufen und sagen: Die Antwort kennen Sie genauso wie wir Ihre Einlassungen kennen.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Herr Palmen, Sie kommen nachher noch dran.

Durch die Unterscheidung zwischen Aufstellung und Vollzug des Haushaltes haben Sie schon zu erkennen gegeben, dass Schwierigkeiten, die sich im Vollzug ergeben, eben nicht zur Verfassungswidrigkeit führen. Sie kommen nicht weiter, wenn Sie jedes Jahr wieder die Schattenhaushalte beschwören, genauso wie uns die ordnungspolitischen Glaubensbekenntnisse der liberalen Seite heute auch nicht überrascht haben. Auch was das Urteil des Landesverfassungsgerichtes vom 2. September angeht, Herr Diegel, haben wir alles

ausgetauscht. Sie kennen die Bewertung der Landesregierung. Wir sehen der nächsten Wiederholung Ihrer Thesen gelassen entgegen.

Meine Damen und Herren, ich will mich mit ein paar Punkten intensiver auseinander setzen. Da ist zunächst einmal der klagende Hinweis, alles sei sehr knapp und zu knapp im Beratungsverfahren gewesen. Einverstanden - das ist sehr anstrengend, auch für die Regierung, aber allemal für das Parlament. Das ist hier jedoch so verabredet worden. Ich habe damals keinen Widerstand gehört, als der Ältestenrat ein entsprechendes Verfahren verabschiedet hat. Inzwischen, meine Damen und Herren von der Opposition, habe ich den Eindruck, Sie waren ganz dankbar dafür, dass es sehr knapp und anstrengend war,

(Beifall bei der SPD)

weil Sie eine pauschale Entschuldigung dafür hatten, sich nicht im Detail einzulassen. Wo sind denn die Streichungsanträge zur Deckung?

Herr Diegel, das kann ich Ihnen nicht ersparen: Sie hatten offensichtlich Zeit, sich ein paar Zierblumen herauszusuchen, auf die Sie dann mit dem Rasenmäher losgegangen sind. Wenn Sie etwas Zeit darauf verwendet hätten, hätten Sie z. B. bei der Machbarkeitsstudie zur Standortplanung für ein Sondermüllentsorgungszentrum in Marokko festgestellt, dass das im Kapitel 10 050 unter "Unterstützung der nordrhein-westfälischen Umweltwirtschaft" veranschlagt ist. Ich bitte Sie, das einmal zusammenzubringen: Förderung der heimischen Wirtschaft auf der einen, Unterstützung des Mittelstands auf der anderen Seite - und dann billige Polemik, wenn wir das machen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir finanzieren in der Tat ein Programm für die Rückkehr der Langdistanz-Wanderfische - einverstanden. Woraus finanzieren wir das? - Weder aus Ihrer Einkommensteuer, Herr Diegel, noch aus meiner, sondern aus der zweckgebundenen Fischereiabgabe. Sie hätten ja Ihre Polemik kaputtgemacht, indem Sie Ihre Kritik in den Anträgen der Fachausschüsse zum Ausdruck gebracht hätten! - Nein, Sie machen sich lieb Kind bei der Wirtschaft; Sie wollen nicht die Bösen sein. Sie machen sich auch lieb Kind bei der Fischerei und wollen dort nicht die Bösen sein. Aber hier glänzen Sie durch vordergründige finanzpolitische Polemik.

(Edgar Moron [SPD]: Das mit dem Glänzen stimmt aber nicht! - Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie sich fünf Minuten Zeit genommen und noch einmal intensiv geprüft hätten, was es mit den Jagdeinladungen an Gäste der Landesregierung auf sich hat, dann hätten Sie feststellen können, dass das weder im Einzelplan des MUNLV noch im Einzelplan der Staatskanzlei zu finden ist.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Diegel zu?

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Ungern, ich bin jetzt so schön in Fahrt.

Es ist weder im Einzelplan 10 noch in 02, im Zweifel im gesamten Haushalt nicht. Herr Diegel, ich gebe Ihnen Zeit bis 12 Uhr, den Wahrheitsbeweis für die These anzutreten, dass ein entsprechender Ansatz im Haushalt 2004 oder 2005 enthalten ist. Diesen Ansatz gibt es seit zehn Jahren nicht mehr - so viel zum Thema Tagesaktualität der Opposition.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben - anders als Herr Diegel dargelegt hat - die Steuereinnahmen nicht überschätzt, sondern sehr realistisch im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten das entsprechend umgesetzt, was sich insbesondere aus der aktuellen Steuerschätzung vom November 2003 ergeben hat. Hier haben wir alle zur Kenntnis nehmen müssen, dass es weniger ist. Das berücksichtigen wir genauso wie Einmaleffekte, nämlich feiertagsbedingte Einnahmeverchiebungen bei der Lohnsteuer. Wir haben es insgesamt damit zu tun, dass die Steuereinnahmen auf einem extrem niedrigen Niveau angekommen sind. Wir haben das im HFA problematisiert. Von daher ist es möglich, im Einzelnen darzulegen, dass wir recht hohe Zuwächse veranschlagt haben und weshalb das auch berechtigt ist.

Im Haushalts- und Finanzausschuss war schon Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass es ausreicht, wenn ein Teilziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gefährdet ist. Das hätte keiner besser ausführen können als die Kollegin Freimuth, deren Ausführungen ich mir insoweit - aber auch nur insoweit - voll inhaltlich zu Eigen mache. Auf das Verfassungsgericht des Landes Niedersachsen und seine Entscheidung von 1997 habe ich schon bei den Ausschussberatungen hingewiesen.

Dann haben Sie noch die Frage der Kreditierung an die Kommunen angesprochen. Nein, es ist kein Kredit, es ist eine Stundung der Beträge, die im Rahmen des Steuerverbundes fällig sind. Ich

will deutlich sagen: Wir sind aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verpflichtet, die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes zu berücksichtigen und den Fortbestand der Störungslage nach Kräften zu unterbinden.

Ich sage für die Landesregierung sehr nachdrücklich: Die Stundung der konjunkturell bedingten Steuermindernahmen ist erforderlich und geeignet, um dem drohenden Fortbestand der Störungslage in unserem Land für das Jahr 2004 entgegenzuwirken, da die öffentliche Nachfrage durch die Kommunen durch die weitere Stundung gestärkt werden soll. Sie sind - wir alle wissen das - Hauptträger der öffentlichen Nachfrage.

Es ist geradezu grotesk, Herr Kollege Diegel, wenn Sie auf die mathematische Entwicklung des Schuldenstandes in den letzten 35 Jahren hinweisen. Sie sind jünger als ich, aber doch schon so alt, dass Sie das als Zeitzeuge mitbekommen haben. Was war denn in den letzten 35 Jahren? - Ich nenne nur einige Tatbestände und bitte Sie, das im Rahmen der historischen Wahrhaftigkeit nachzuvollziehen.

Dieses Land hat einen Strukturwandel ohnegleichen bewältigt.

(Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

Es hat ihn erfolgreich bewältigt. Er ist nicht abgeschlossen, aber wir sind große Schritte weiter.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Krisen bei Kohle und Stahl hat es in den letzten 35 Jahren gegeben und nicht in der Zeit, da die CDU den Ministerpräsidenten gestellt hat.

(Heinz Hardt [CDU]: 35 Jahre immer dieselbe Leier!)

Wir sind starke Zahler im Länderfinanzausgleich. Wir haben Länder wie Bayern über Jahrzehnte alimentiert. Das ist auch ein Nachweis für die Qualität nordrhein-westfälischer Politik.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist nachweisbar, dass die von Ihnen geführte Bundesregierung über 16 Jahre die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen vernachlässigt hat, Herr Verkehrsexperte, gerade in Ihrem Bereich!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nicht zuletzt sind wir die größten Beitragszahler im Solidaritätsabkommen, das wir mit den neuen Ländern getroffen haben. Die haben sich immer auf die Hilfe aus Nordrhein-Westfalen verlassen können.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Das Allerdollste, meine Damen und Herren von der CDU, ist, dass die Lasten, die wir hier geschultert und sehr erfolgreich bewältigt haben, ganz überwiegend durch CDU-geführte Bundesregierungen und zum ganz großen Teil, Herr Stahl, mit Ihren Stimmen hier im Landtag beschlossen worden sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dazu passt es, dass gestern und heute CDU- und auch FDP-Fachpolitiker auftreten und ohne Ende und ohne von der Fraktionsführung und von den Finanzexperten gestoppt zu werden, ein Monitum nach dem anderen gegenüber den Kürzungen formulieren, wie der kleine Häwermann: mehr, mehr, mehr! Und heute sind dann diejenigen da, die das Ganze bremsen sollen, Herr Diegel.

Ich weiß, wie anstrengend das für Sie ist, für eine solide Finanzpolitik in Ihrer Fraktion zu werben. Bringen Sie doch Ihre Obleute, Ihre Sprecher einmal in Kontrolle, damit sie nicht dieses Mehr, Mehr des kleinen Häwermann singen und wir das wieder einholen müssen.

(Helmut Stahl [CDU]: Wovon sprechen Sie?)

Die Vorschläge der Landesregierung sind zwischen den Ressorts abgestimmt. Die Vorschläge der Koalition haben die Zustimmung auch aller Facharbeitskreise gefunden. Das ist eine verantwortungsvolle, aufs Ganze bezogene Politik des Landes, und da müssen Sie noch viel lernen, bevor Sie da mithalten können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben ohnehin genug damit zu tun, die Steuerreform bzw. Ihre unterschiedlichsten Bewertungen dazu in Einklang zu bringen.

Das "Handelsblatt" - eine Zeitung, die wir alle sehr schätzen - hat gestern diesen wunderschönen Satz geschrieben:

"Das ist Simalabim-Politik. Man schürt heftigst höchste Erwartungen, die dann von anderen befriedigt werden sollen."

Besser kann man es nicht beschreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Lassen Sie mich abschließend sagen, wohin nach Auffassung der Landesregierung die Reise geht. Wir unterstützen dies unmissverständlich unter anderem - das wissen Sie, weil Sie den Haushalt ja so gut recherchieren, Herr Diegel - dadurch,

dass wir die Arbeiten von Herrn Prof. Kirchhof materiell und immateriell unterstützen. Es ist ein Anliegen des Landes Nordrhein-Westfalen, an einer Vereinfachung des Steuerrechtes mitzuarbeiten.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Vereinfachung ja, aber ohne Schmälerung des Aufkommens.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Das ist Gott sei Dank auch bei Ihnen das Problem, meine Damen und Herren von der CDU und CSU. Ich habe den Eindruck, nein, es ist so konfus, ich muss sagen, ich habe den Wunsch, dass bei Ihnen die Realpolitiker gegenüber den Fundamentalisten endlich einmal die Überhand gewinnen, egal, wo sie sitzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Helmut Stahl [CDU]: Das ist bei Ihnen der Fall!)

Es ist doch Ihr Problem, dass Sie sich in Jahrzehnten der Opposition den Realitätsbezug angewöhnt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Machen Sie Vorschläge, die realistisch sind. Machen Sie Vorschläge, die Sie verantworten können. Dann können wir weiter darüber reden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die FDP-Fraktion erteile ich nun Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Ein Wort noch zum Thema Steinkohlesubvention. Sie mag vielleicht Ende der 50er-Jahre, auch noch in den 60er und 70er-Jahren ihre Berechtigung gehabt haben, aber spätestens die Kinder der 90er-Jahre und vor allem die Kinder, die heute geboren werden, haben das Recht darauf, dass die Mittel endlich in ihre Bildung und Ausbildung investiert werden und nicht mehr in dieses Millionengrab Steinkohlesubvention!

(Oh! von der SPD)

Sie haben das gerade bis ins Jahr 2016 verlängert und Sie gehen weiter in diese Richtung. Das ist unverantwortliche Politik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Diegel.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst den Finanzminister darauf hinweisen, dass er in Bezug auf die Kommunalkreditierung hier einen eklatanten Fehler verkündet hat. Er hat erklärt, es handelt sich dabei um keine Kommunalkreditierung, sondern um eine Stundung.

Ich möchte Sie darauf hinweisen: Eine Stundung - Sie als Jurist müssten das wissen - bedarf einer Forderung. Eine Forderung der Kommunen gibt es nicht, weil ihnen dementsprechende Steuereinnahmen nicht zustehen. Auch aus diesem Grund ist Ihr Haushalt verfassungswidrig, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt. Sie erklären, wir hätten keine Anträge vorgelegt. Ich möchte hier ganz deutlich Ihren Umgang mit der Wahrheit geißeln. Wir haben über 70 Anträge eingereicht.

(Edgar Moron [SPD]: In zweiter Lesung! Jetzt bleiben Sie mal dabei!)

Darüber hinaus, Herr Moron, ---

(Zurufe)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Darf ich um Ruhe bitten? Der Kollege Diegel hat das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Helmut Diegel (CDU): Sie haben doch die 2. Ergänzung ganz bewusst erst nach Abschluss der Fachausschussberatungen vorgelegt, damit wir keine Anträge vorlegen können! Das ist Ihre Methode.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Nein, erst wurden die Beratungen im Vermittlungsausschuss erledigt!)

Dann zu unserer Deckung: Das ist der Gipfel der Heuchelei, Frau Müller. Im Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses ist nachzulesen, wie beeindruckt Sie über unseren Vorschlag waren. Ich möchte das Plenum bitte daran erinnern: Herr Steinbrück, der heute der Debatte leider nicht beiwohnt, hat genau diese Deckung, BLB-Umwandlung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts und den dementsprechenden Verkauf an die Investitionsbank, in Schleswig-Holstein mit beschlossen. Da saß er in Schleswig-Holstein am

Kabinetttisch. Warum soll das hier nicht gehen? Warum reden Sie hier von unseriösen Anträgen?

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege Diegel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Sie reden nur vom Konsolidieren, Sie reden nur von nachhaltiger Politik. Machen Sie es! Deshalb ist hier alles kaputt in diesem Land. Und Ihr Haushalt ist verfassungswidrig!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Diegel. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt noch einmal Herrn Minister Dieckmann das Wort.

(Zuruf von der CDU: Jetzt aber die Wahrheit sagen, auch wenn es schwer fällt!)

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Die Polemik hat es sowieso schwerer, weil die verbleibende Redezeit bei Herrn Diegel wesentlich kürzer war, als meine ist. Aber ich will Sie nicht langweilen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das, was ich zu der Kreditierung an die Kommunen gesagt habe, bleibt so gesagt und ich stehe dazu. Ich weiß auch, dass die Landesregierung das so sieht und die Koalition das stützt.

Ich glaube, dass wir damit, meine Damen und Herren von der CDU, einen gewichtigen Beitrag leisten, den Kommunen in ihrer elementaren Not zu helfen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

Wir haben gemeinsam Hilfen eingefordert. Der Vermittlungsausschuss hat dazu einiges getan. Ich verkenne nicht, dass das auch dem Landesinteresse nutzt. Daraus haben wir ja nie einen Hehl gemacht. Wir werden mit diesem Schritt den Kommunen helfen.

Dann noch einmal, lieber Herr Diegel, zu den Anträgen! Es ist schon davon die Rede gewesen: Sie haben diesem Verfahren zugestimmt. Die Landesregierung hat keinen Tag und keine Stunde gesäumt, dem Parlament die 2. Ergänzung vorzulegen.

(Zurufe von der CDU)

- Verehrter Herr Stahl, sehen Sie sich doch einmal an, was in der 2. Ergänzung an dramatischen

Neuigkeiten für die Fachausschüsse enthalten ist. Fast gar nichts, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist eine Übertreibung, die in diesem hohen Hause ohne Beispiel ist.

(Zurufe von der CDU)

- Nein, es ist komfortabel, weil man sich der Sachdebatte entzieht. Ich wiederhole: Die Zeit hat gereicht, hier etwas Stoff für billige Polemik zu finden, aber die Zeit hat nicht gereicht, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Lieber Herr Diegel, für den Wahrheitsbeweis der Jagdeinladungen an die Landesregierung haben Sie jetzt noch 37 Minuten Zeit.

(Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

- Es gibt keine. Bringen Sie mir den Beleg, und dann werden wir weiter sehen.

Was die Veräußerung des BLB angeht, so ist das wirklich ein klassischer Schnellschuss in der letzten Phase der parlamentarischen Haushaltsberatungen. Zunächst einmal haben Sie falsch gerechnet. Sie haben das Sondervermögen und seine Beiträge nicht ganz mit der Bilanzsumme auseinander gehalten. Dabei haben Sie übersehen, dass dem Aktivvermögen natürlich auch Verbindlichkeiten auf der Passivseite gegenüberstehen. Da müssen Sie also noch die Grundrechenarten berücksichtigen. Im Übrigen wissen Sie, dass es hier massive verfassungsrechtliche Probleme gibt.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Diegel?

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Nein, das würde ich jetzt ungern machen. Wir haben ja morgen noch ---

(Lachen bei der CDU)

Ich möchte das jetzt gern zu Ende führen, damit jetzt auch das entschieden werden kann, was zu entscheiden ist.

Meine Damen und Herren, wir sehen hier erhebliche verfassungsrechtliche Probleme. Steuerliche, zivilrechtliche, öffentlich-rechtliche Fragen kommen dazu. Das ist nicht tauglich, die Probleme des Landeshaushalts zu lösen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind deshalb am Ende der Diskussion über den Bereich 1 - Finanzministerium, Stellenpläne, Allgemeine Finanzverwaltung, Haushaltsgesetz -; damit wurden ja der Einzelplan 12, der Einzelplan 20 und das Haushaltsgesetz angesprochen.

Wir kommen jetzt zur **Abstimmung zum Einzelplan 12**. Zunächst lasse ich über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4924** abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt** worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 12** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4812. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Wir kommen zur **Abstimmung zum Einzelplan 20**, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4919**. Wer ist für den Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU und der FDP **abgelehnt** worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4918**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt** worden.

Wir stimmen jetzt ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4936**. - Wer ist für den Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU gegen die Stimmen der FDP **abgelehnt** worden.

Wir stimmen jetzt ab über den **Einzelplan 20** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4816. - Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Meine Damen und Herren, ich weise abschließend darauf hin, dass die Abstimmung über das Haushaltsgesetz nach der Abstimmung über den Bereich Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - das ist in Ihrer Vorlage die laufende Nummer 8 -, also zum Schluss der Haushaltsberatungen, erfolgt. Eine Abstimmung über die Stellenpläne erfolgt an dieser Stelle ebenfalls nicht. Diese Abstimmungen sind in die Abstimmungen über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz eingebunden.

Ich rufe jetzt den **Bereich 2** auf:

Städtebau und Wohnen

Damit ist der Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport - angesprochen.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4814 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4915 und 13/4925.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Bernd Schulte das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus dem Doppelhaushalt 2004/2005, mit dem Sie die Weichen für den Rest der Legislaturperiode stellen wollen, geht hervor, dass Sie auf dem Sektor des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen die letzte Chance verpasst haben, die Märkte von überflüssigen Bestimmungen zu befreien und die Fördersysteme und -instrumente zu reformieren.

Jüngstes Beispiel für die zögerliche Umsetzung des Wohnraumförderungsgesetzes des Bundes durch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist der Entwurf eines Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierungen im Wohnungswesen. Aus diesem nicht nur für uns sehr enttäuschenden Entwurf geht hervor, dass Sie nach wie vor aus Gründen formaler Subventionsgerechtigkeit an der Erhebung der Ausgleichszahlung im Wohnungswesen festhalten. Rund 111.000 Wohnungen sind davon betroffen.

Mit Ihrer Position widersetzen Sie sich außerdem den fünf großen Verbänden des Wohnungs- und Immobilienwesens in Nordrhein-Westfalen, die schon im September 2002 unter Federführung des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland-Westfalen in einem gemeinsamen Positionspapier gefordert haben, das Wohnraumförderungsgesetz landesrechtlich so umzusetzen, dass man schrittweise aus der Erhebung der Ausgleichszahlung aussteigt und so

verhindert, dass in den Städten, die ohnehin unter erheblichen Einwohnerverlusten und einer Tendenz zur sozialen Entmischung leiden, stabilisierende Bevölkerungsgruppen auch zukünftig zum Wegzug animiert werden.

Für uns ist enttäuschend, dass Sie den Haushalt 2004/2005 nicht zum Anlass nehmen, von der Ausgleichszahlung Abstand zu nehmen und die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms auf eine neue Grundlage zu stellen.

Dem Haushaltsplanentwurf entnehmen wir außerdem, dass Sie sich auch weiterhin einer Evaluierung des Grundstücksfonds Nordrhein-Westfalen widersetzen. Unserer Einschätzung nach ist der Grundstücksfonds zu langsam, zu teuer und zu wenig effektiv, um seinem eigentlichen Auftrag gerecht zu werden, nämlich in einem revolvierenden System Grundstücke zu entwickeln, dem Markt erneut zuzuführen und von den Veräußerungserlösen Industriebrachen aufzukaufen, um diese für eine neue Entwicklung vorzubereiten. Diesem Ansinnen wird der Grundstücksfonds nicht gerecht. Das hält Sie dennoch nicht davon ab, in den Jahren 2004/2005 frische Mittel in Höhe von fast 30 Millionen € in den Grundstücksfonds zu pumpen, obwohl der Output an entwickelten Flächen und deren Abnahme auf den Märkten viel zu gering ist.

Wir haben im Rahmen der Haushaltsplanberatungen unsere Forderung bekräftigt, von der Zuführung neuer Mittel in den Grundstücksfonds abzu sehen und diese im Stadterneuerungsprogramm aufzustocken. Nach wie vor beobachten wir die Tendenz, dass die Landes-, Bundes- und EU-Mittel für Zwecke der Stadterneuerung in Nordrhein-Westfalen bei weitem nicht ausreichen. Das Programm ist nach wie vor achtfach überzeichnet, und in den Kommunen schlummert ein riesiges Wachstumspotential für die Bauwirtschaft, das über die Aufstockung des Stadterneuerungsprogramms um die Mittel für den Grundstücksfonds Nordrhein-Westfalen entsprechend angestoßen und erheblich beschleunigt werden könnte. Sie bleiben bei Ihrer Position und stärken einen Grundstücksfonds, dessen Evaluierung Sie nicht zulassen. Dadurch untermauern Sie eine Strukturpolitik für die Ballungszentren des Reviers, die heutigen Ansprüchen eigentlich nicht mehr gerecht wird.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben dann noch dem Haushaltsplanentwurf entnommen, dass wir mit unserer Aussage, die im Haushalt 2003 veranschlagten Mittel aus der Veräußerung der LEG-Anteile seien eine Luftbuchung, Recht haben. Wir haben es immer für un-